



REISEBERICHT

Die dreifache Katastrophe

Japan nach Fukushima

Jürgen Trittin besuchte vom 15. bis zum 18. Juni 2011 Japan. Ziel der Reise war es, Informationen zur Lage nach Erdbeben, Tsunami und anhaltendem Atomunfall in Fukushima zu bekommen sowie Gespräche über die künftige Energiepolitik in beiden Ländern zu führen. Die Reise fand im 150. Jahr der Deutsch-Japanischen Freundschaft statt.

IWAKI

Am Beginn der Reise stand ein Besuch in der Gemeinde Iwaki, die vom Tsunami betroffen war. Teile des Gebietes gehören zur Evakuierungszone. Iwaki selbst ist rund 40 km südlich von *Fukushima I* entfernt.

Es ist festzustellen, dass Japan die unmittelbaren Folgen des auslösenden Erdbebens relativ gut bewältigt hat. Verheerend sind die Folgen des Tsunami mit über 13.000 Toten und immer noch 15.000 Vermissten sowie ca. 100.000 Menschen, die in Notunterkünften leben. Der Besuch zweier vom Tsunami zerstörter Ortsteile an der Küste unterstrich die Dramatik der Katastrophe: Häuser, die oberhalb der Fundamente einfach weggespült wurden, zweistöckige Häuser, denen das Erdgeschoss fehlte, Autos, die zu Metallklumpen verformt waren.

Zwar hatte es unmittelbar nach dem Beben eine sofortige Tsunami-Warnung gegeben, oft aber waren die Wege für eine Flucht zu weit. Manche wurden von der Welle auf der Flucht im Auto-Stau erreicht. In Iwaki gelang es zwar, die Schülerinnen und Schüler einer Mittelschule auf eine Anhöhe zu evakuieren, die Mütter der Kinder, die sich aufgemacht hatten, ihre Kinder wegen des Tsunami abzuholen, ertranken aber in den Fluten.

In diesem Küstengebiet gehen die Aufräumarbeiten auch dank Tausender Freiwilliger gut voran. Wie und wo die zerstörten Wohngebiete wieder aufgebaut werden, ist jedoch noch ungeklärt.

Die Reaktorkatastrophe in *Fukushima I* dauert fort. Vor Ende des Jahres rechnet kein Verantwortlicher mit einem Erkalten der Reaktorblöcke – viele Experten halten das für zu optimistisch. Noch immer tritt radioaktives Wasser aus der Anlage aus. Die dafür vorgesehenen Auffangtanks dro-

BÜRO BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

☎ +49 30 227-72247
☎ +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE
WWW.TRITTIN.DE

hen überzulaufen. Versuche zum Dekontaminieren des hochradioaktiven Wassers waren bisher nicht erfolgreich.

Das Ausmaß der radioaktiven Belastung in der Umgebung von Fukushima wird erst langsam deutlich. Spielplätze und Klärschlämme weisen Belastungen aus, die eine Behandlung und Beseitigung als radioaktives Material erfordern. In der Region ist bis heute Fischfang nicht möglich.

Aufgrund dieser Belastung ist nicht damit zu rechnen, dass die Evakuierten – mit einigen von ihnen konnten wir in einem Evakuierungszentrum sprechen – in ihre Häuser in der Region zurückkehren können. Ihre Lage ist verzweifelt. Sie haben nicht nur ihre Wohnung, sondern vielfach ihre Arbeit und gesamte Existenz verloren und mussten mehrfach die Notunterkünfte wechseln.

TOKIO

In Tokio fanden Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern von Regierung und Opposition, Nichtregierungsorganisationen, japanischen grünen Aktivisten und Wissenschaftlern statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Folgen und der Umgang mit der Dreifachkatastrophe und insbesondere die Perspektiven für die japanische Energiepolitik sowie der deutsche Weg zum Atomausstieg.

Die aus den Schäden erwachsenden finanziellen Lasten haben inzwischen einen ersten Nachtragshaushalt im Umfang von rund 33 Mrd. € erfordert. Ein weiterer steht an, wird aber zurzeit von der Opposition blockiert. Es ist mit Steuererhöhungen zu rechnen. Die Schadensersatzansprüche an den Betreiber TEPCO zwingen diesen zum massiven Verkauf von Vermögenswerten und stellen sein ökonomisches Überleben infrage.

Überall im Lande finden Kontrollen der radioaktiven Belastungen von Luft, Boden, Wasser, Lebensmitteln und anderen Produkten statt. Es gibt hierüber eine transparente Diskussion und inzwischen auch eine einheitliche Methodik bei der Messung der Luft.

Aufgrund dieser Praxis gibt es außerhalb der Region von Fukushima keinen Grund, von Reisen und Begegnungen in Japan abzuraten. Im Gegenteil, die Pflege politischer, kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen wird von den Menschen in Japan als gelebte Solidarität mit ihrem Schicksal empfunden.

Bedingt durch die Reaktorkatastrophe, angeordnete Abschaltungen von Atomkraftwerken (*AKW Hamaoka, Präfektur Shizuoka*) sowie reguläre Wartungsarbeiten laufen nur noch 17 der 54 Atomkraftwerke. Wegen Widerständen in den Präfekturen wird nicht damit gerechnet, dass alle in Wartung befindlichen Anlagen wieder ans Netz gehen.

Aufgrund seiner Abhängigkeit von Atomkraftwerken und seinem hohen Stromverbrauch hat Japan ein echtes Versorgungsproblem. Es drohen Blackouts. Versuche zum Stromsparen haben vielfach symbolischen Charakter,

zwingen aber auch zum Einstellen von Zugverbindungen und ähnlichen Einschränkungen.

Energiepolitisch ist Japan in einer Orientierungsphase, bei der Ungewissheit das hervorstechendste Merkmal ist. Niemand rechnet mit einem nennenswerten Neubau von Atomkraftwerken. In Umfragen gibt es Mehrheiten gegen die Nutzung der Atomenergie. Es gibt mittlerweile Anti-AKW-Demonstrationen mit Zehntausenden von Teilnehmern.

Die notwendigen Ersatzkapazitäten für die vom Netz gegangenen Atomkraftwerke sind ebenso Gegenstand einer intensiven politischen Diskussion wie Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Steigerung der Energieeffizienz. Zurzeit wird ein Einspeisegesetz nach Art des deutschen EEGs im Parlament behandelt – allerdings besteht hier ein Konflikt mit den örtlichen Gebietsmonopolen der Stromversorger.

Da die Regierung Kan aufgrund von inneren Zwistigkeiten der regierenden DPJ erst knapp einem Sturz entronnen und so stark geschwächt ist und da trotz der Krise die Opposition (vor allem die LDPJ) sich der Kooperation verweigert, ist sowohl die Verabschiedung des weiteren Nachtragshaushalts fraglich als auch die Verabschiedung neuer Energiegesetze.

Bedingt durch diese Diskussion gibt es quer zu den politischen Lagern ein massives Interesse an der energiepolitischen Entwicklung in Deutschland. Deutschland wird auch deshalb als eine Alternative angesehen, weil es Japan in vielerlei Hinsicht als Industrieland ähnlich ist. Details zur Einspeisevergütung, zum *Unbundeling*, zur Energieeinsparung und –effizienz stehen hier im Mittelpunkt.

Auf besonderes Interesse stößt der Umstand, dass Deutschland den Weg des Ausstiegs aus der Atomenergie nunmehr in einem parteiübergreifenden Konsens beschreitet. Dieses spielt in der zugleich parteipolitisch stark polarisierten, aber traditionell konsensorientierten japanischen Gesellschaft eine große Rolle.

Die Diskussion über die deutsche Energiewende wird dabei auch von Unwissen und Vorurteilen begleitet. Dass die jetzige Stilllegung von gut der Hälfte der deutschen Atomkraftwerke nur möglich ist, weil vor zehn Jahren der Ausstieg beschlossen wurde und seitdem massiv in Ersatzkapazitäten investiert wurde, war kaum bekannt; ebenso wenig die Entwicklung Deutschlands zu einem Nettostromexporteur. Dafür sind die Märchen der internationalen Atomlobby etwa vom Atomstromimport aus Frankreich und Tschechien umso verbreiteter.

Die Reise bot sowohl durch die sehr gut besuchte Pressekonferenz im *Japan National Press Club* als auch durch einen Vortrag an der Tokioter *Waseda Universität* zum Thema „Atomkraft? Nein Danke - Der deutsche Weg zum Atomausstieg und zu einer alternativen Energieversorgung“ wie in Gesprächen mit

fast allen Parteien und der Zivilgesellschaft Gelegenheit, den grünen und den deutschen Weg in eine andere Energiepolitik zu erläutern.

Der Betreiber des Katastrophenreaktors, die *Tokyo Electric Power Company* (TEPCO), war leider trotz mehrfacher Anfragen zu keinem Gespräch bereit.